

## INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

### Sozialer Frieden in Frankreich?

Zum erstenmal seit vielen Jahren trübte im Herbst 1954 kein Streik den Wirtschaftsfrieden Frankreichs. Ministerpräsident *Mendès-France* ließ es nicht erst zu Drohungen kommen, Überzeugt, daß die Lage der arbeitenden Bevölkerung höchst unbefriedigend ist und weite Industriekreise höhere Löhne und Gehälter zahlen können, ohne eine neue Preisbewegung auszulösen und inflationistische Gefahren heraufzubeschwören, versprach er bei seinem Amtsantritt im Juni 1954, das Lohnproblem in mehreren Abschnitten zu lösen.

Wenn die Arbeitnehmer mit den vom Ministerpräsidenten im Oktober und November beschrittenen Weg nicht voll einverstanden sind und die angeordnete Erhöhung des sogenannten garantierten Mindestlohnes von 23 000 auf 24 300 fFr. für 200 Arbeitsstunden im Monat als unbefriedigend betrachten, weil man 27 000 für 172 Arbeitsstunden für erforderlich hält, so wird von gewerkschaftlicher Seite doch anerkannt, daß mit dieser ersten Regierungsmaßnahme der Weg zur Neuregelung des gesamten Lohnproblems geöffnet wurde und jetzt bereits die schlechtest bezahlten 1,5 Millionen Arbeitnehmer eine sechsprozentige Lohnerhöhung erhielten. Die nun notwendigen Schritte können nicht von der Regierung unternommen werden. Sie sind Sache der Gewerkschaften und der Arbeitnehmerschaft, von deren Energie es abhängen wird, ob sie die Arbeitgeber zwingen können, sich mit ihnen an den Verhandlungstisch zu setzen, um neue gesteigerte Lohntarife festzulegen, die zweifellos in einigen der bedeutendsten Industrien möglich sind.

Bemerkenswert ist, daß es unter dem Einfluß des 18-Monats-Planes, den der französische Finanz- und Wirtschaftsminister *Edgar Faure* vor Beginn des Experiments *Mendès-France* schuf, und infolge der seither getroffenen wirtschaftsfördernden Maßnahmen der neuen Regierung zu einem nicht unwesentlichen Aufschwung der Wirtschaft und zur Besserung der sozialen Lage kam, deren Umfang sich jetzt erkennen läßt. In den letzten 12 Monaten wurde das erstrebte Ziel bereits zu vier Fünfteln erreicht. Der Lebensstandard der Bevölkerung erfuhr eine Steigerung von 8 vH, die Industrieproduktion nahm im Jahr 1954 um 3,5 vH zu, das Außenhandelsdefizit ging um 30 Milliarden fFr. zurück, und gleichzeitig verminderte sich die französische Schuld innerhalb der Europäischen Zahlungsverbindungs-Union (EZU) um 100 Millionen Dollar. Das ist gewiß noch kein überwältigendes Ergebnis, aber es wurde nach Jahren der Stagnation erreicht und läßt jetzt bereits nach offiziell-

len Berechnungen im Jahre 1955 eine weitere Besserung der Industrieproduktion von 4,5 vH erwarten, die nach Auffassung des Wirtschaftsministers eine neue Steigerung der gesamten Lohnsumme von 6 vH begründen würde, die allerdings durch die wirtschaftliche Expansion aufgebracht werden müßte.

Wir sagten bereits, daß die Gewerkschaften nicht voll mit den Maßnahmen der Regierung einverstanden sind. Sie betrachten beispielsweise den der Arbeitnehmerschaft eingeräumten Anteil am gesteigerten Nationaleinkommen als ungenügend. Die Kritik der Gewerkschaften betrifft in erster Linie den Umfang der getroffenen Maßnahmen, nicht deren Charakter. Der in der vorletzten Novemberwoche abgehaltene Kongreß der freien Gewerkschaftsorganisation *Force Ouvrière* zeigte es mit aller Deutlichkeit. Man vertrat hier den Standpunkt, die bisherige Aufwärtsbewegung der Wirtschaft hätte es ermöglicht, das Lohnproblem großzügiger zu regeln und einen verstärkten Regierungsdruck auf die Arbeitnehmerschaft auszuüben, um freie Lohnvereinbarungen durch Kollektivvertrags-Verhandlungen zu begünstigen, denen sich bisher die Arbeitgeber in zahlreichen Fällen zu entziehen wußten.

Die *Force Ouvrière* ist der Auffassung, daß die bisher angewandten Mittel zur freien Lohnregelung angesichts der Hartnäckigkeit des Unternehmertums nicht genügen und die Einführung der sogenannten „doppelten gleitenden Lohnskala“ zur Notwendigkeit wird. Diese doppelte Lohnskala müsse einestils auf die Preisbewegung, andernteils auf die Produktionsausweitung reagieren und damit den Lohn- und Gehaltsempfängern den gerechten Einkommensanteil sichern. Die Behauptung der Unternehmer, eine allgemeine Erhöhung der Löhne würde das Währungsgleichgewicht zerstören und den Außenhandel schädigen, wird von der *Force Ouvrière* mit der Begründung abgelehnt, daß es jetzt vor allem darauf ankomme, durch eine Politik der hohen Löhne und der Vollbeschäftigung einen gesunden inneren Markt zu schaffen, der imstande sei, ab 1955 alljährlich zusätzlich mehrere hunderttausend neue Arbeitskräfte aufzunehmen, die infolge der Geburtenzunahme seit 1938 vorhanden sind.

Der Kongreß der *Force Ouvrière* beschäftigte sich auch sehr ausführlich mit den europäischen Fragen, stellte die Notwendigkeit zur Verteidigung des gemeinsamen europäischen Gutes fest und forderte die „Harmonisierung der Löhne und Sozialleistungen auf dem höchsten Niveau in einem politisch, wirtschaftlich, sozial und gewerkschaftlich geeinten Europa“. In einer Entschließung des Kongresses wird gesagt, die europäischen Gewerkschaften müßten eng zusammenarbeiten, um dieses Ziel progressiv zu erreichen. Beachtenswert ist dabei, daß man sich durchaus darüber im klaren war, daß in dieser Hinsicht bisher nur wenig geschehen ist. Einer

der führenden Gewerkschafter sagte ausdrücklich, bisher sei noch von niemandem der Weg zur Realisierung dieser Forderung beschritten worden. In der Tat dürfte hier die Schwäche aller Forderungen zur Verwirklichung der europäischen Einheit liegen. Es gibt viele Apostel der europäischen Verständigung, aber allzu wenige Baumeister, die sich in nüchterner Weise mit den zu bewältigenden Problemen auseinandersetzen, um das Grundmaterial zur Errichtung des europäischen Gebäudes zu schaffen.

Dem Kongreß der Force Ouvrière wohnte auch eine Abordnung des DGB unter Führung von *Walter Freitag* bei.

Gleichzeitig mit dem Kongreß der Force Ouvrière tagte in Paris auch der Exekutiv-Ausschuß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, um zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen Stellung zu nehmen und den 4. Weltkongreß des Bundes vorzubereiten, der in der Zeit vom 20. bis 28. Mai 1955 in Wien tagen wird. 54 Millionen Mitglieder aus 73 Ländern der Welt gehören bereits dem Bund an, der sich die Aufgabe setzte, in demokratischer Weise die Rechte der Arbeitnehmerschaft zu vertreten und den Schaden zu überwinden, der ihr durch kommunistische Verirrungen entstanden ist.

*Arthur Riess (Paris)*

## Probleme der amerikanischen Gewerkschaften

Der 84. Kongreß wird die Aufgabe haben, das „heiße Eisen“ des Taft-Hartley-Gesetzes noch einmal anzufassen, dessen Behandlung in den letzten Monaten aus den verschiedensten Gründen — nicht zuletzt unter dem Einfluß der Gewerkschaften — bewußt verschleppt wurde. Er wird vermutlich auch das Programm Präsident *Eisenhowers* für eine Gesundheitsgesetzgebung, das auf eine gewisse Subventionierung der privaten Krankenkassen hinausläuft, wieder beraten müssen. Während die Ergänzung der im Jahre 1936 von *Franklin D. Roosevelt* befürworteten „Social Security Act“, die zum erstenmal in der amerikanischen Sozialgeschichte Arbeitgeber und Arbeitnehmer verpflichtete, die Alters- und Arbeitslosenversicherung zu finanzieren, vom Kongreß dank der Hilfe der Demokraten akzeptiert wurde, fiel das „Health program“ durch. Rechten Republikanern war offenbar recht unbehaglich geworden bei dem Gedanken, sie könnten mit zuviel Gesetzen dieser Art in den Geruch kommen, „Sozialisten“ zu sein.

Die den Umfang des staatlichen Sozialversicherungssystems wesentlich verbreiternde und die Alters- und Hinterbliebenenfürsorge „up to date“ bringende „Social Security Bill“, die im Januar 1955 in Kraft tritt, erhöht nicht nur die Pensionen (von bisher 25 bis 85 Dollar im

Monat, je nach dem vorherigen Einkommen, auf 30 bis 108,50 Dollar, bei Familien bis zu 200 Dollar), erlaubt Renteneempfängern zwischen 65 und 75 Jahren Nebeneinnahmen bis zu 1000 Dollar im Jahr, ohne daß Abzüge erfolgen (bisher verlor jeder, der mehr als 75 Dollar monatlich verdiente, seine Rente), sondern bezieht auch weitere elf Berufsgruppen (etwa 10 Millionen Menschen) in die Versicherung ein; so Farmer, Hausangestellte, freie Berufe (bis auf die Ärzte, deren Berufsvertretung ablehnte), Saison-Landarbeiter usw.

Obwohl die Opposition, vor allem vertreten durch die „American Medical Association“ (AMA), sich nicht genug tun konnte, die Ausführungen zu verbreiten, die der Präsident der „American Physicians and Surgeons“, Dr. *James L. Doenges*, vor dem „Senate Finance Committee“ gemacht hatte: „Die Sozialversicherung ist einer der wichtigsten Teile eines jeden sozialistischen Planes, die Kontrolle über die Bürger zu erlangen und zu behalten, um die persönliche Freiheit zu zerstören“, bestand kaum ein Zweifel, daß der Senat und der Präsident das mit 355 gegen 8 Stimmen im Abgeordnetenhaus angenommene Gesetz bestätigen würden. Der mit soviel propagandistischem Pathos bekämpfte „Wohlfahrtsstaat“ des „New Deal“ wurde somit, der Initiative des republikanischen Präsidenten folgend, mit Hilfe der Demokraten als zeitgemäß akzeptiert.

Die Gewerkschaften sind am Zustandekommen des Gesetzes direkt kaum beteiligt gewesen: Die staatliche Sozialversicherung hat stets viel weniger, als das in den meisten europäischen Ländern der Fall war, zu ihren Forderungen gehört. Im Grunde vertraute man dem direkten „bargaining“ zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mehr. Der seit einiger Zeit intensivierte Kampf um eigene Ausgleichskassen für die Altersversicherung, Arbeitslosenhilfe usw. war ein Teil der beruflichen Forderungen der von den Einzelverbänden vertretenen Mitglieder.

Der größte Teil der durch das neue Gesetz von der Sozialversicherung erfaßten Bevölkerungsschichten ist zudem gewerkschaftlich nicht organisierbar.

\*

Die Verhandlungen über den Zusammenschluß der beiden großen Gewerkschaftsverbände machen Fortschritte. Der von 65 der „American Federation of Labor“ (AFL) und 29 dem „Congress of Industrial Organisations“ (CIO) angeschlossenen Einzelgewerkschaften unterzeichnete „Non-Raiding Pact“, d. h. die vorläufig zwei Jahre geltende Vereinbarung, sich gegenseitig keine Mitglieder abzuwerben, hat eine positive Grundlage der Zusammenarbeit geschaffen.

Trotz des Widerstandes innerhalb mancher Einzelverbände machen die Zentralen der AFL

und des CIO alle Anstrengungen, einer Einigung näherzukommen. Beide Führungsgruppen wollen anscheinend vor der formalen Vereinigung demonstrieren, daß in der täglichen Arbeit und den grundsätzlichen Stellungnahmen zu wichtigen, die Gesamtbewegung angehenden Fragen volle Übereinstimmung besteht. Daß sich in den meisten Fällen eine solche Harmonie zwischen der AFL und dem CIO herausgebildet hat, ist unverkennbar. In dem Eintreten für den erhöhten Mindestlohn, in den dringenden Warnungen vor der Gefahr der Erwerbslosigkeit, überhaupt in sozial- und innenpolitischen Fragen unterscheiden sich die Ansichten der verschiedenen Gewerkschaften kaum voneinander. Selbst zu der Außenpolitik haben sich *Meany* und *Reuther* sehr ähnlich geäußert.

Der Einigungsausschuß der AFL und des CIO hat kürzlich einstimmig den Beschluß gefaßt, „durch einen Verschmelzungsprozeß eine einzige Gewerkschaftszentrale in Amerika zu schaffen, welche die Integrität jeder angeschlossenen nationalen und internationalen Gewerkschaftsorganisation bewahren wird“. Die Präsidenten der AFL und des CIO wurden ermächtigt, ein gemeinschaftliches Unterkomitee zu ernennen, das einen detaillierten Plan zu diesem Zweck ausarbeiten und dem Einigungsausschuß entsprechende Empfehlungen unterbreiten soll. Der Unterausschuß von 6 Mann ist inzwischen eingesetzt worden. Ihm gehören an der Präsident der AFL, *Meany*, der Präsident des CIO, *Reuther*, der Schatzmeister der AFL, *Schnitzler*, der Vizepräsident derselben Organisation, *Wolf*, und außerdem von der CIO Schatzmeister *Carey* und der Präsident der CIO-Stahlarbeiter, *McDonald*. Nach Angaben von *Meany* und *Reuther* werden die Vorschläge des Unterausschusses zuerst dem Gemeinschaftskomitee zur Stellungnahme zugehen. Werden sie von diesem angenommen, so müssen sie den Kongressen der AFL und des CIO zur Ratifizierung unterbreitet werden. Bei Zustimmung der beiden Kongresse werden AFL und CIO einen gemeinschaftlichen Kongreß zur endgültigen Ratifizierung der Verschmelzung einberufen. Auf die Frage, ob unabhängige Verbände im Vereinigungsplan berücksichtigt worden sind, antworteten *Meany* und *Reuther*, daß die erste Aufgabe der AFL und des CIO die eigene Übereinstimmung sei. Die Einladung an außenstehende Verbände, dem neuen zentralen Gewerkschaftsbund beizutreten, wäre das zweite Problem.

\*

Daß die Gewerkschaften im November 1954 überall da, wo Ergänzungswahlen zum Kongreß stattfanden, für die Kandidaten der Demokratischen Partei eintreten würden, war kaum zweifelhaft. Eine Flugschrift des „New York State CIO-Council“ stellte unmißverständlich fest: „Eines ist sicher — die Regierung ist heute in den Händen von Feinden der Arbeiterschaft ...

Folglich ist die kommende Kampagne von ausschlaggebender Bedeutung für den Arbeiter. Er kennt jetzt seine Freunde, und er kennt seine Feinde, und wenn er seine Freunde nicht unterstützt und seine Feinde nicht bekämpft, hat er es sich nur selber zuzuschreiben, wenn der sichtbare Fortschritt, den er unter der Roosevelt- und Truman-Administration gemacht hat, aufhört und die Vorteile, die er erreicht hat, verschwinden.“

Die Angriffspunkte der Opposition waren mannigfacher Art: neben der scharfen Zurückweisung des McCharthyismus, einem prononcierten Eintreten für die baldige Aufhebung der Rassentrennung in den Südstaaten und einer eindeutigen Zurückweisung der in den Einzelstaaten in zunehmendem Maße auftauchenden gewerkschaftsfeindlichen Gesetze stand vor allem die Frage der drohenden Erwerbslosigkeit, der gegenüber man der republikanischen Verwaltung Mangel an Initiative vorwarf, im Mittelpunkt der Propaganda.

Das „United Mine Workers Journal“, das Zentralorgan der „United Mine Workers of America“, hat noch am 1. November 1954 erklärt: „Die organisierte Arbeiterschaft ist am Ergebnis der Wahl stark interessiert. Es gibt da eine Anzahl lebenswichtiger nationaler Fragen und im Rahmen der Einzelstaaten Probleme, wie die gegen die Gewerkschaften gerichteten Gesetze über das ‚Recht auf Arbeit‘ und über die ‚Höhe der Arbeitslosenunterstützung‘. — Trotz der Versuche der Eisenhower-Administration, zuerst die Erwerbslosigkeit zu ignorieren und dann zu behaupten, daß die Dinge nicht so schlimm seien, wie sie aussehen, hat es den Anschein, daß sie zur ersten innerpolitischen Frage im Wahlkampf geworden ist und daß sie, den Rundfragen zufolge, wohl zu einer Umwälzung führen wird, die dazu führen kann, daß die Demokraten beide Häuser des Kongresses beherrschen werden.“

Die Gewerkschaftsleitung hat — wie schon bei der Präsidentenwahl vor zwei Jahren — ihr möglichstes getan, um die Mitglieder der Verbände im November an die Wahlurne zu bringen. Der Vorsitzende des „Political Action Committees“ (PAC) des CIO, *Jack Kroll*, hat noch Ende Oktober alle lokalen Organisationen des CIO dazu verpflichtet, gegen jede Form von Apathie anzugehen: „Die Kongreß-Wahlen können zu Hause bei denjenigen Wählern verloren werden“, hämmerte der Informationsdienst „Political Action of the Week“, der vom PAC herausgegeben wird, am 25. Oktober seinen Funktionären ein, „die zur Wahlurne gehen wollen, es aber aus dem einen oder anderen Grunde dann doch nicht tun.“

Die Wahlbeteiligung war unerwartet hoch. Nach den Eintragungen in die Wahllisten hatte man damit kaum gerechnet. — Die Republikanische Administration ist, wenn auch nicht geschlagen, so durch den demokratischen Erfolg doch ernsthaft beunruhigt worden.

## INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

Die Gewerkschaftspresse hat die Nachwahlen 20 den beiden Häusern des amerikanischen Kongresses in denen im November 1954 die Demokraten neben sieben Gouverneursposten eine klare Mehrheit im Repräsentantenhaus und eine knappe im Senat erreichten, mit Recht als einen gleichzeitigen Sieg der Arbeiterschaft bezeichnet. Eine Analyse, die die „Labor's League for Political Education“ kurz nach der Wahl veröffentlichte, hat ergeben, daß der 84. Kongreß 23 Abgeordnete mehr im Repräsentantenhaus und vier im Senat haben wird, die, ihrem bisherigen Verhalten bei Abstimmungen in Arbeiterfragen usw. zufolge, als „Freunde der Arbeiterschaft“ betrachtet werden können, als der vorhergehende.

Der „AFL-News-Reporter“ stellte die Mitglieder der beiden Häuser des Kongresses unter

diesem Gesichtspunkt zusammen. Daraus ergibt sich folgendes interessantes Verhältnis zwischen „arbeiterfreundlichen“ und „gegnerischen“ Abgeordneten (was mit der parteipolitischen Zugehörigkeit der Betreffenden durchaus nicht immer etwas zu tun hat): *Repräsentantenhaus* im 80. Kongreß 1947 bis 1948: 83 arbeiterfreundliche zu 361 gegnerischen; im 81. Kongreß 1949 bis 1950: 209 zu 212; im 82. Kongreß 1951 bis 1952: 183 zu 255; im 83. Kongreß 1953 bis 1954: 153 zu 265; im 84. Kongreß 1955 bis 1956: 176 zu 235. Im *Senat* war folgende Situation gegeben: Im 80. Kongreß: 25 arbeiterfreundliche zu 68 gegnerischen; im 81. Kongreß: 44 zu 49; im 82. Kongreß: 38 zu 58; im 83. Kongreß: 36 zu 56; im 84. Kongreß: 40 zu 52.

*Karl O. Paetel (New York)*